

KOMMENTAR

Fauler Kompromiss

VON JÜRGEN BECKER

juergen.becker@freiepresse.de

Politiker, die verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen wollen, sollten aufhören, den Bürgern ein X für ein U vorzumachen. Und doch tun sie es weiter – wie jetzt bei den Krankenkassenbeiträgen auf Betriebsrenten und Direktversicherungen, die über den Arbeitgeber abgeschlossen wurden.

Richtig ist, dass ab dem 1. Januar viele Betroffene nicht mehr den vollen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil auf ihre Betriebsrente oder Einmalzahlung an die Krankenkassen abführen müssen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Für hunderttausende Rentner wird die Entlastung kaum spürbar sein. Die Mehrheit wird weiter mehr oder minder doppelt zur Kasse gebeten werden.

Der nun beschlossene Freibetrag ist ein halbherziger Kompromiss – und dazu noch ein fauler. Erinnern wir uns: 2003 beschloss die rot-grüne Regierung unter Schröder mit Zustimmung der CDU, die maroden Krankenkassen auf Kosten der Betriebsrentner und Direktversicherten zu sanieren. Bis zu diesem Sündenfall hatte die Politik die betriebliche Altersvorsorge damit beworben, dass die Einmalzahlung aus der Direktversicherung sozialabgabenfrei ist. Auf Betriebsrenten galt nur der halbe Beitragssatz. Doch plötzlich war es jeweils der volle – und zwar auch rückwirkend für schon vor 2004 abgeschlossene Verträge. Das ist ein beispielloser nachträglicher Eingriff ins Vertragsrecht und Betrug an Millionen Bürgern, die ihre Verträge ja unter ganz anderen Voraussetzungen abgeschlossen hatten. Deshalb müssen sich die etablierten Parteien nicht wundern, dass ihnen die Wähler abhanden gekommen sind. Wer die Bürger bei jeder Gelegenheit zu zusätzlicher privater Vorsorge aufruft und dann diejenigen, die sich daran halten, ohne Skrupel nachträglich abkassiert und kalt enteignet, gräbt aber auch der Vorsorgebereitschaft das Wasser ab.

Und als wäre das alles nicht schon Zündstoff genug, sollen die Einnahmeverluste der

Krankenkassen durch den Freibetrag jetzt von den Beitragszahlern kompensiert werden. Im Klartext: Was den Betriebsrentnern in die eine Tasche gesteckt wird, wird ihnen zum Teil aus der anderen wieder herausgezogen. Wer sozialen Unfrieden stiften und Misstrauen in den Gesetzgeber schüren will, der müsste es genau so machen.